



Was für eine Katastrophe

Freie Wahlen sind der Kern unserer Demokratie. Dass sie ordentlich durchgeführt werden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit und nicht verhandelbar. Heute nun hat sich der Berliner Verfassungsgerichtshof mit den Wahlen vom 26. September 2021 beschäftigt. Die Tendenz des in den nächsten Wochen zu verkündenden Urteils ist eine einzige Katastrophe, nie vorher dagewesenen Ausmaßes für Berlin, der deutschen Hauptstadt.

„Nur die vollständige Wiederholung kann die Verfassungskonformität wiederherstellen“, sagte die Präsidentin des Verfassungsgerichts, **Ludgera Selting**.

Mehr als ein Tritt in den Hintern, sondern ein Schlag ins Gesicht, ist der Vorwurf des Gerichts, die Landeswahlleitung und die Senatsinnenverwaltung haben „die Wahlen unsachgemäß vorbereitet“ und „am 26. September nicht für eine rechtmäßige Wahl gesorgt“. „Allein die Mängel bei der Vorbereitung seien bereits ausreichend, die Wahlen für ungültig zu erklären, führte die Gerichtspräsidentin aus.“

„Auch wenn das Fazit des Gerichts vorläufig ist, ist schwer vorstellbar, dass es hinter dem verheerenden Votum in seinem endgültigen Beschluss zurücktritt. Neuwahlen sind damit mehr als wahrscheinlich. Das Gericht hat drei Monate lang Zeit, den endgültigen Beschluss vorzulegen, sollte das Ergebnis wie erwartet ausfallen, müssen innerhalb von 90 Tagen Neuwahlen erfolgen – voraussichtlich also im Februar oder März.“, schreibt die **Berliner Morgenpost**.

Dass sich die Opposition aufregt und den Rücktritt des damaligen Innensenators **Andreas Geisel** (SPD) fordert, kann man ihr nicht verdenken. Die Landeswahlleiterin **Petra Michaelis** ist bereits zurückgetreten.

Nicht zu fassen und kaum zu glauben ist hingegen die Pressemitteilung des SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden **Raed Saleh**: „Das Gericht wird eine verfassungsrechtlich sehr wichtige Entscheidung treffen und hat gleichzeitig richtigerweise erklärt, dass das Berliner Abgeordnetenhaus bis zum Abschluss einer etwaigen Wiederholungswahl davon unabhängig vollständig weiterarbeiten muss.“ Was denn sonst?!

Jetzt wird es peinlich: „Denn die Berlinerinnen und Berliner müssen in der größten Krise seit Jahrzehnten infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine entlastet werden. Wir müssen die Gas- und Strompreise deckeln, unsere soziale Infrastruktur schützen, Arbeitsplätze und die Wirtschaft sichern und dafür sorgen, dass niemand seine Wohnung verliert. Es gilt, das Abrutschen breiter Bevölkerungsschichten unbedingt zu verhindern. Daran müssen sich alle Parteien im Parlament messen lassen.“

Was soll das? Ein Appell an das Gericht, diesen wunderbaren Senat so lange im Amt zu lassen, bis der Krieg in der Ukraine vorbei ist und die Energiepreise wieder sinken? Diese weinerliche Selbsterhaltungs-Pressemitteilung ist wirklich peinlich. Kein Wort der Entschuldigung. **Saleh hätte schreiben müssen:**

„Liebe Berlinerinnen und Berliner! Wir haben es verbockt. Über den Bundestag, das Abgeordnetenhaus, die Bezirksverordnetenversammlungen und den Volksentscheid gleichzeitig und am Tage des Marathonlaufs abstimmen zu lassen, hat uns überfordert. Wir, die SPD, als führende politische Kraft Berlins, entschuldigen uns bei Ihnen und übernehmen die volle Verantwortung.“

Stattdessen schreibt uns Saleh, wie wichtig und unverzichtbar er und seine Partei sind. **Jetzt beginnt der Wahlkampf**. Und das in diesen Zeiten. Da können wir nur hoffen, dass uns der Senat mit Entlastungspaketen und Geschenken überhäuft. Wie wäre es mit einem Null-Euro-Ticket für den ÖPNV?

Die Zeiten sind schwer genug, und nun auch das noch. Uns bleibt wirklich nichts erspart.

Ed Koch